

UMBAU DER LANDWIRTSCHAFT

FACTSHEET

ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

KURZZUSAMMENFASSUNG

Die Landwirtschaft ist weiterhin Treiberin und Leidtragende von sowohl Biodiversitäts- wie Klimakrise: Wetterextreme wie Spätfrost, Sommertrockenheit oder Starkregen führen zur Ernteverlusten, gleichzeitig sind die CO₂-Emissionen aus der Landwirtschaft weiter auf Höchststand.

Mit dem Argument, Erntemengen und Erträge zu sichern, ist der Einsatz von Mineraldüngern und chemisch-synthetischen Pestiziden auf weiter hohem Niveau – das schädigt jedoch gleichzeitig Bodenorganismen, Gewässer und Ökosysteme. So sind bis zu 60 Prozent der Böden in Europa geschädigt, und über 60 Prozent der Tier- und Pflanzenarten des Offenlandes stehen auf den Roten Listen der bedrohten Arten. Insbesondere Ackerlandschaften sind vom Artensterben betroffen. Und von mindestens 90 Milliarden Euro an externen Kosten alleine aus der deutschen Landwirtschaft sprechen Untersuchungen. All das geht zu Lasten der Gesellschaft – und mindert das langfristige Potential, gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Denn das gelingt nur in resilienten Ökosystemen und Kulturlandschaften, mit gesunden Böden und sauberem Wasser. Auch die geplante Deregulierung von neuer Gentechnik in Europa würde vor allem den großen Agrarchemie-Unternehmen nutzen, die die Patente auf Saatgut halten und sich davon die Sicherung ihrer Profite versprechen.

Gleichzeitig sehen sich vor allem bäuerliche Betriebe, egal ob konventionell oder ökologisch, mit oft heftigen Preisschwankungen, unfairen Marktbedingungen und dauerhaft zu niedrigen Erlösen konfrontiert. Allein in Deutschland mussten mehr als 350.000 Höfe in den letzten 30 Jahren schließen – damit hat sich die Anzahl der Betriebe in diesem Zeitraum um fast 60 Prozent verringert. Zwar umfasst die europäische Agrarförderung das höchste Einzelbudget im EU-Haushalt – ihre vor allem pauschale Verausgabung pro Hektar Fläche führt jedoch dazu, dass die Landbesitzer am meisten profitieren. Die ökologische Wirksamkeit der Maßnahmen ist auch nach der letzten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) weiter nur unzureichend gegeben. Auch der Umbau der Tierhaltung hat weiter keine sichere

finanzielle Grundlage, obwohl die Betriebe für die notwendigen Stallumbauten und Investitionen klare langfristige Zusagen braucht.

Dabei sind die Fakten bekannt, und die Lösungswege liegen auf dem Tisch: im Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Borchert-Kommission) und in der Zukunftskommission Landwirtschaft, in denen der BUND sich intensiv eingebracht und mitgearbeitet hat, wurden zwischen Landnutzer*innen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Transformationspfade entwickelt. Auch auf europäischer Ebene hat der Strategische Dialog dringende Handlungsfelder identifiziert – auch hier im Konsens zwischen Nutzer*innen, ökologischen und konventionellen Landwirt*innen, mit Lebensmittelunternehmen, Natur- Umwelt- und Tierschutz. Wichtig ist, das nun in Politik zu übersetzen, statt in alte Gräben zurückzufallen und Natur- und Biodiversitätsschutz in der Landwirtschaft unter dem Deckmantel von Bürokratieabbau oder Ernährungssicherheit auszusetzen. Das wäre die schlechteste aller Möglichkeiten – für unsere Umwelt genauso wie für die Bäuerinnen und Bauern, und uns als Verbraucher*innen.

GEGENKAMPAGNE: ZITAT / AUFHÄNGER / FAKE NEWS

- Markus Söder vergibt Minister-Posten an Lobbyisten – ohne überhaupt gewählt worden zu sein: <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/schon-vor-der-wahl-soeder-vergibt-minister-posten-an-lobbyisten-48009779>
- Friedrich Merz will Agrardiesel für Landwirte wieder fördern: <https://www.agrarheute.com/politik/merz-will-agrardiesel-fuer-landwirte-foerdern-627136>
- Albert Stegemann, agrarpolitischen Sprecher CDU will personelle Veränderungen in BMUV und UBA und die „demokratiefeindlichen Spitzbuben“ austauschen: [Politik trifft Praxis: Weniger Pflanzenschutz, gezielter eingesetzt – Grenzen und Alternativen?](#) - YouTube ab 1:09
- Die CDU/CSU liessen greifbarere Erleichterungen beim Düngemittelrecht für die Landwirtschaft wegen der für den Gewässerschutz wichtigen Stoffstrombilanz platzen (<https://www.agrarheute.com/politik/rote-gebiete-stoffstrombilanz-union-laesst-duengegesetz-endgueltig-platzen-631225>). Dabei sind mehr Nitrat-Messstellen für eine gerechtere Bewertung unrealistisch. Markus Söder versprach im Januar 2020 für Bayern das Thema Nitrat-Messstellen komplett neu aufzurollen. Thorsten Glauber versprach insgesamt 1.500 Messstellen bis Ende 2024. Das datenjournalistische Team BR Data fand auf öffentlichen Karten nur 828 Messstellen in Bayern nach der EU-WRRL, [Düngeverordnung, rote Gebiete, Trinkwasserschutz: Zu wenig Nitratmessstellen? | Unser Land | BR](#) – YouTube ab 3:12
- Auf Kosten der Umwelt sollen Pestizide und Gentechnik zur Verfügung gestellt werden: Das „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ wird aufgegeben, um innovative Produkte schneller verfügbar zu machen, ..Bekanntnis zum Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel und .. Unterstützung moderner Technologien wie ..Pflanzenzüchtung und ..praxistaugliche Regulierung neuer Züchtungstechnologien (womit sie die Freigabe neuer Gentechnik auf dem Acker verklausulieren) [stehen dafür im Wahlprogramm](#).

WAS DROHT MIT MERZ UND CO?

- Drohende Ausweitung des Einsatzes von gefährlichen Pestiziden, weil die Stimme für die Umweltauswirkungen im Zulassungsverfahren, das Umweltbundesamt (UBA), nicht mehr beteiligt werden soll. Zudem hat die Union schon angekündigt, das Zukunftsprogramm Pflanzenschutz (das für die Erreichung des Ziels, mindestens 50% des von Pestiziden ausgehenden Risikos und die Einsatzmenge zu reduzieren, nur einen ersten Anfang darstellt) aufzugeben.
- Die drohende Deregulierung im EU-Gentechnikrecht und die Freisetzung von neuen GVO auf dem Acker und in der Natur – denn CDU und CSU sprechen sich dafür aus, Pflanzen aus neuer Gentechnik künftig nicht mehr zu kennzeichnen, und keine Risikoprüfung mehr vorzunehmen. Das gilt auch für Wildpflanzen, so dass auch die unkontrollierte Ausbreitung und negative Folgen für unsere Ökosysteme in Kauf genommen würden. Auch die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft würde unter dem Schlagwort Innovation zu Gunsten der patenthaltenden großen Agrichemie-Konzerne aufs Spiel gesetzt.
- Ein Düngerecht, das uns als Allgemeinheit viel kostet und es nicht schafft, unsere Gewässer sauber zu halten – denn die CDU/CSU weigerte sich schon diese Legislatur, verpflichtende einzelbetriebliche Nährstoffbilanzen mitzutragen, und hat angekündigt, auch in der nächsten Legislatur dafür zu sorgen, dass diese nicht kommen. Dabei nimmt die Union in Kauf, dass das EU-Vertragsverletzungsverfahren inkl. Strafzahlungen wiederaufgenommen wird, und die Kosten für die Wasserreinigung weiter steigen.
- Drohende Strukturbrüche in der Tierhaltung statt begleiteter Um- und Abbau der Nutztierhaltung – denn die Union spricht sich in ihrem Wahlprogramm gegen die Reduktion aus. Das bedeutet dann aber in der Folge: aufgrund der Notwendigkeit einer Reduktion der Tierbestände, sinkendem Konsum von tierischen Produkten und den Kosten einer Umrüstung von Ställen auf die von Verbraucher*innen gewollten besseren Haltungsformen werden vor allem kleinere und mittlere Betriebe aufgeben, und vor allem große Tierhalter bleiben übrig.
- Zudem spricht sich die Union für die Weiterführung der Kombihaltung aus – dahinter verbirgt sich die Anbindehaltung. Rinder leiden also weiterhin angebunden im Stall, ohne Ausstiegsdatum.
- Sie will den Wolf ins Jagdrecht aufnehmen.
- Ökologische Ziele per Anreiz erreichen, Ernährungssicherheit als Förderziel gleichrangig mit Biodiversitätsschutz setzen, und auch in der kommenden GAP die beiden Säulen beibehalten - die CDU/CSU scheint weit weg von dem Gedanken, die Agrarförderung reformieren zu wollen. Damit spricht sie sich dafür aus, das knappe Geld weiter pauschal zu verteilen – damit schwindet aber auch die Legitimationsgrundlage der Zahlungen an die Landwirt*innen zunehmend. Ganz zu schweigen davon, dass die Mittel dringend gebraucht würden, um die Bäuerinnen und Bauern für gesellschaftliche, ökologische Leistungen angemessen und einkommenswirksam zu entlohnen.

WARUM IST DAS PROBLEMATISCH?

Die angekündigten Rückschritte in der Landwirtschaftspolitik schaden allen – und kommen uns teuer zu stehen.

Düngerecht: Nitrat kann im Körper in giftiges Nitrit und in krebserzeugende Nitrosamine umgewandelt werden. Ein Höchstwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Grund- und Trinkwasser ist gesetzlich vorgeschrieben. Doch das Grundwasser ist besonders unter intensiv bewirtschafteten Ackerflächen mit hohen Nitratwerten belastet. Für die Aufbereitung zu sauberem Trinkwasser steigen dadurch Aufwand und Kosten. Das EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen nitratbelastetem Wasser wurde 2023 eingestellt, weil die Düngeverordnung überarbeitet und die besonders belasteten Gebiete, in denen für die Landwirt*innen strengere Regeln gelten, neu ausgewiesen wurden. Diese Regeln sollen die negativen Auswirkungen auf Boden und Wasserressourcen verringern. Doch die bisherigen politischen Maßnahmen reichen nicht aus. Nach Nitratbericht 2024 überschreiten weiterhin 25,6 Prozent der Messstellen des EU-Nitratmessnetzes in Deutschland den vorgeschriebenen Höchstwert. Um unsere Gewässer zu schützen, ist eine nachvollziehbare und transparente Bilanzierung der Nährstoffein- und -ausgänge eines Agrarbetriebes notwendig, um verursachergerecht diejenigen Betriebe zu identifizieren, die für eine erhebliche Nitratbelastung von Gewässern und Böden verantwortlich sind. Deshalb muss die Stoffstrombilanzverordnung zu einem wirksamen Steuerungsinstrument weiterentwickelt werden. Laut Nationalem Normenkontrollrat verursacht die Bilanzierung je Betrieb ca. 5 Stunden pro Jahr. Doch CDU und CSU wollen die Stoffstrombilanz im Düngerecht abschaffen und verhindern damit einen effektiven Gewässerschutz.

Pestizide und ihre Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit: Pestizide sind ein Hauptgrund für den Verlust an Biodiversität. Wenn Pestizidreduktion verhindert wird, dann wird auch die Grundlage für die Lebensmittelproduktion gefährdet. Kostenlose Ökosystemleistungen wie Bestäubung und Bodenfruchtbarkeit sind essentiell für eine stabile Landwirtschaft und dürfen durch den Pestizideinsatz nicht weiter dezimiert werden. Pestizideinsatz ist auch für Anwender*innen und Anwohner*innen und auch Verbraucher*innen eine Gefahr. 2024 erkannte der Sachverständigenrat des BMAS Parkinson durch Pestizide als Berufskrankheit an. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg des Beitrags zur Berufsgenossenschaft für Landwirt*innen. So wird der Pestizideinsatz zu einem hohen Kostenfaktor für Landwirt*innen und die gesamte Gesellschaft. Einige Pestizide setzen die persistente Ewigkeitschemikalie TFA (Triflouressigsäure) frei, die als reproduktionstoxisch gilt und mittlerweile schon in Leitungswasser und Mineralwasser nachweisbar ist.

Patentierung und steigende Kosten für Saatgut: Schon jetzt konzentrieren sich die Patente auf Pflanzen bei einer Handvoll Konzerne, die damit schon jetzt den Zugang für andere Züchter*innen und damit das Angebot an verfügbarem Saatgut einschränken. Es gibt zudem erste Fälle, in denen die Agrochemie-Multis Patente auf Lebensmittel und Produkte, die aus gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt werden, anmelden – und damit am Ende die

Hand darauf haben, was auf unseren Tellern liegt, und was es kostet. Die Verbreitung von Patenten droht mit der Deregulierung der neuen Gentechnik noch deutlich zuzunehmen. Denn ohne die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit wird es für alle schwerer, sich gegen Gentechnik auf dem Feld oder im Einkaufswagen zu entscheiden – die Patentierung bleibt aber nach dem Willen der Konzerne die Regel für GVO. Damit würde künftig noch mehr Saatgut, Vielfalt und Ernährung von Firmen patentiert und kontrolliert werden. Beispiele bei den bisherigen gentechnischen Pflanzen zeigen, dass damit auch teurer werdendes Saatgut, weniger Auswahl für die Weiterzucht und wegen des Aufwands gentechnikfreier Produzent*innen, sich gegen Kontamination zu schützen, auch teurere Lebensmittel für uns alle verbunden sind.

Gentechnische Veränderung von Wildpflanzen: Von einer Deregulierung des Rechtsrahmens für Gentechnik wären laut aktueller Debatte in der EU auch Wildpflanzen betroffen, die ebenfalls künftig gentechnisch verändert und ohne Kennzeichnung, Risikoprüfung oder mit Mechanismen der Rückholbarkeit versehen freigesetzt werden könnten. Das widerspricht nicht nur dem europäischen Vorsorgeprinzip, sondern birgt auch immense Risiken für unsere Ökosysteme: ungewollte Eigenschaften könnten sich nicht mehr rückholbar verbreiten und geschützte Arten verdrängen oder empfindliche Gleichgewichte zerstören. Ohne einen stabilen Rechtsrahmen lässt sich das kaum rückverfolgen – und auch hier würden entstehende Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet.

Anbindehaltung: Die CDU/CSU nennt die Anbindehaltung „Kombihaltung“ und will sie weiterführen. Hinter diesem Begriff steht allerdings auch ein Haltungssystem, dass die Tiere ebenfalls über mehrere Monate angebunden im Stall hält. Mit allen negativen Folgen für die Tiere, aber auch die Menschen die dort unter deutlich schlechteren Bedingungen arbeiten als in anderen Haltungssystemen.

Drohender Verlust der Agrargelder für Biodiversität und Kulturlandschaften: Die Mittel im Haushalt der EU und in den Mitgliedsstaaten sind begrenzt; steigende Ausgaben sind eher in anderen Politikbereichen zu erwarten. Gleichzeitig haben wir einen großen Finanzbedarf für die Wiederherstellung unserer Natur und um Biodiversität und Kulturlandschaften zu schützen. Damit wir Landwirt*innen angemessen für ihre gesellschaftlichen Leistungen für Natur und Umwelt, aber auch den ländlichen Raum entlohnen können, müssen die Gelder effizient und für gesellschaftlich Gewolltes eingesetzt werden. Sonst droht die Gefahr, dass die EU der Landwirtschaft das Geld komplett streicht – und die Betriebe, die wir brauchen, um wichtige Funktionen in der Kulturlandschaft zu leisten, irgendwann mangels Einkommen aufgeben.

Wolf: Den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen ist eine rein populistische Forderung. Es ist europarechtlich nicht zulässig. Es hilft auch weidehaltenden Betrieben nichts, Wölfe ohne Strategie abzuschließen. Im Gegenteil: schießt man einzelne Tiere einer Herde zerstört man

die Herdenstruktur und bekommt so ggf sogar noch mehr Risse bei landwirtschaftlich gehaltenen Tieren.

All das führt auf lange Sicht zu deutlich höheren Kosten für die Allgemeinheit – und dazu, dass unsere Ökosysteme und unsere Landwirtschaft nicht resilient und auch noch für die nächsten Generationen nutzbar aufgestellt werden.

WAS FORDERT DER BUND?

- Den sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft auf Grundlage der Konsense der Zukunftskommission Landwirtschaft vorantreiben
- Sicherung unserer Lebensgrundlagen – damit wir auch in 50 oder 100 Jahren noch gesunde Lebensmittel produzieren können
- Schutz von Fläche und Böden als Lebensgrundlagen
- Schutz unseres Wassers vor Rückständen und Verschmutzung
- Die GAP zur einkommenswirksamen Honorierung gesellschaftlicher Leistungen der Landwirtschaft einsetzen, Modelle des kooperativen Naturschutzes stärken und die pauschale Flächenförderung beenden.
- Ausbau des Ökolandbaus und finanzielle Absicherung
- Ambitionierte Reduktion des Pestizideinsatzes um mindestens die Hälfte bis 2030, Verbot von besonders gefährlichen Pestiziden
- Wahlfreiheit und Vorsorgeprinzip bei der Regulierung von Gentechnik sicherstellen: dafür braucht es Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit, Risikoprüfung und Koexistenz- und Haftungsregeln, zum Schutz der Ökosysteme mindestens ein Moratorium der Freisetzung von gentechnisch veränderten Wildpflanzen
- Tierhaltung um- und abbauen, dazu die Tierhaltungskennzeichnung umfassend ausweiten und die tierhaltenden Betriebe beim Umstieg unterstützen
- Schluss mit der Anbindehaltung bei Rindern nach spätestens 10 Jahren
- Herdenschutz für Weidetiere statt abschießen geschützter Arten
- Außer-Haus-Verpflegung ökologischer, regionaler und pflanzlicher, Reform der Mehrwertsteuer
- Vereinfachungen bei der Antragsstellung und im alltäglichen Leben in der Landwirtschaft und Sicherung fairer Preise für die Landwirtschaft

IMPRESSUM

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin
Tel. +49 30 27586-40 | bund@bund.net | V.i.S.d.P.: Anton Nicole
Kontakt: ruth.krohn[at]bund.net | Stand: 01/25

www.bund.net

